

NIEDERSCHRIFT HFA/0004/2026

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 17.03.2026 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

stellv. Vorsitzender:

Herr Matthias Ahlers

Vorsitzender:

Herr Marco Lennertz

Ausschussmitglieder:

Herr Jan-Philipp Schwaaf

Herr Christoph Ueding

Herr Frank Wieland

Herr Carsten Rampe

Herr Thomas Walbaum

Vertretung für Herrn
Thomas Tauber

Herr Robert Dürhager

Frau Hanna Hüwe

Entschuldigt fehlen:

Herr Niels Geuking

Frau Iris Pawliczek

Gäste:

Herr Martin Brück von Oertzen

Frau Sandra Körner

Von der Verwaltung:

Frau Marion Lammers

Herr Hubertus Messing

Frau Sandra Niemann

Herr Paul Klein-Reesink

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Der Vorsitzende dieses Ausschusses Bürgermeister Marco Lennertz begrüßt alle Anwesenden und stellt zuerst fest, dass form- und fristgerecht zu dieser Sitzung eingeladen wurde.

Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. KI & Digitalisierung in der Stadtverwaltung Billerbeck

Einleitend nimmt Herr Lennertz Bezug auf eine – bereits im Jahr 2025 - von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellte Anfrage, welche Anlass zur heutigen Berichterstattung gegeben hat. Die umfangreiche Anfrage wird zurzeit bearbeitet und anschließend allen Fraktionen/Parteien zur Verfügung gestellt.

Danach erteilt Herr Lennertz Marco Fiege, Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Billerbeck, das Wort.

Herr Fiege stellt sich kurz vor und erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem der Stadt Billerbeck) die KI & Digitalisierungsstrategie der Stadt Billerbeck.

Herr Fiege führt aus, dass neben den finanziellen Aspekten für Software und Hardware insbesondere auch die personelle Ausstattung von großer Bedeutung sei. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie erfordere ausreichende Ressourcen sowie ein funktionierendes Team. Er selbst trage als Digitalisierungsbeauftragter die Verantwortung für die Steuerung der Projekte und deren reibungslosen Ablauf. Unterstützt werde er durch Dietmar Dierksmeier (Systemadministration), Simon Belau (DMS-Administration und teilweise Betreuung der Schulen) sowie Jay Sabmann, der nach seiner Ausbildung im ersten Anstellungsjahr tätig sei und insbesondere den Schulsupport vor Ort, Schulungskonzepte, Wissensmanagement sowie Vertretungsaufgaben im D3-Bereich übernehme. Insgesamt betont Herr Fiege, dass Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz eine Gemeinschaftsaufgabe darstellten.

Herr Wieland bewertet den bisherigen Fortschritt positiv und fragt, ob Investitionen in KI langfristig zu effizienteren Abläufen führen könnten und ob dadurch Erwartungen an eine Leistungserbringung mit weniger Personal entstünden. Zudem erkundigt er sich, ob Anwendungen künftig auch Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden sollen und wie die Qualität sowie rechtliche Absicherung von KI-Ergebnissen gewährleistet werden können.

Herr Fiege stellt klar, dass KI nicht dem Personalabbau diene, sondern der Unterstützung der Mitarbeitenden und der Effizienzsteigerung. Als Beispiel nennt er die beschleunigte Protokollerstellung durch Speechmind. Darüber hinaus könnten mit Noxtua erste rechtliche Einschätzungen eingeholt und so externe Kosten reduziert werden. Ein geplanter Chatbot „ViaQ“ solle Bürgeranfragen auf Basis der städtischen Website beantworten, Unsicherheiten kenntlich machen und bei Bedarf auf Kontaktmöglichkeiten zur Verwaltung verweisen.

Herr Walbaum spricht die mögliche Festlegung auf Microsoft an und fragt nach Alternativen. Herr Lennertz erklärt, dass ein einheitliches Vorgehen

angestrebt werde, eine endgültige Entscheidung jedoch noch ausstehe. In vielen Kommunen werde derzeit Microsoft 365 eingesetzt. Herr Fiege ergänzt, dass insbesondere technische Gründe und die Integration von Fachverfahren für Microsoft sprächen, man jedoch grundsätzlich offen für Alternativen bleibe.

Frau Hüwe weist auf Abhängigkeiten von großen Anbietern sowie datenschutzrechtliche Aspekte hin und begrüßt den „Human-in-the-Loop“-Ansatz. Zudem verweist sie auf Entwicklungen in anderen Kommunen und den interkommunalen Austausch.

Im Bereich Bürgerservice und Onlinezugangsgesetz (OZG) erläutert Herr Fiege, dass das Serviceportal bereits neu aufgesetzt und im Einsatz sei. Aktuell würden ausfüllbare PDF-Dokumente bereitgestellt. EFA-Leistungen würden genutzt, sofern sie kompatibel und wirtschaftlich integrierbar seien, dies ist im Fall der „Ehe Online EFA Leistung“ so. Darüber hinaus entwickle die Verwaltung eigene Lösungen, etwa mit Formularen über den Formularserver der „Mach AG“ z.B. Bestellung der Freibadsaisonkarten oder man greife auch auf Lösungen anderer Kommunen zurück.

Herr Messing führt aus, dass die Digitalisierung mit kontinuierlich steigenden Kosten verbunden sei, insbesondere aufgrund neuer Lizenzmodelle großer Anbieter. Die Einführung erfolge schrittweise und orientiere sich am tatsächlichen Bedarf. KI bringe zwar perspektivisch Effizienzgewinne, erfordere jedoch zunächst erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen sowie Überzeugungsarbeit innerhalb der Verwaltung. Langfristig könnten sich Synergieeffekte ergeben.

Weitere Themen sind mögliche Fördermittel (z. B. LoRaWAN, Digitalpakt 2.0), Cyber-Sicherheit sowie strategische Fragen der politischen Beteiligung. Die Verwaltung betont die Organisationshoheit des Bürgermeisters, sichert jedoch eine transparente Information und Einbindung der Politik zu.

Zur Datensicherheit wird ausgeführt, dass etablierte und datenschutzrechtlich geprüfte Fachverfahren sowie ein Dokumentenmanagementsystem eingesetzt werden.

Abschließend wird hervorgehoben, dass die Beschäftigung mit KI notwendig sei, um unkontrollierte Schatten-IT zu vermeiden, und dass es sich insgesamt um einen langfristigen Entwicklungsprozess handele, der nur gemeinsam erfolgreich gestaltet werden könne.

Der Tagesordnungspunkt dient der Information

2. Antrag der SPD Fraktion vom 29.09.2025 hier: Satzung zur Regelung der Wahlkampf-Plakatierung in Billerbeck

Herr Messing erläutert anhand der Sitzungsvorlage und der vorab zur Verfügung gestellten Unterlage den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Im Anschluss meldet sich Herr Rampe zu Wort und befürwortet die geplante Herangehensweise. Wichtig ist, dass nicht nur Fraktionen/Parteien des Rates, sondern grundsätzlich alle Wahlwerbende von den Regelungen unterrichtet werden und somit eine „wilde“ Unter-/Überplakatierung vermieden werden soll.

Ergänzend weist Frau Niemann darauf hin, dass nicht ortsübliche Parteien in den letzten Jahren ebenso über die allgemeinen Regelungen informiert wurden.

Für die Fraktion der CDU bekundet Herr Ahlers ebenso seine Zustimmung, da somit eine rechtlich bindendere Regelung erzielt wird.

Danach hinterfragt Frau Hüwe das Format bzw. die Größe der zulässigen Plakate, da diese in ihren Augen unklar definiert ist.

Für die Verwaltung entgegnet Herr Messing, dass die unterschiedlichen Formate aufgrund unterschiedlicher Vorgaben der Landesparteien zustande gekommen sind. Bislang sei es in Billerbeck auch nicht zu größeren Problemen gekommen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Wahlkampf-Plakatierung im öffentlichen Verkehrsraum der Stadt Billerbeck wird künftig über Sondernutzungserlaubnisse gemäß den straßenrechtlichen Vorschriften geregelt.

Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür einheitliche Nebenbestimmungen zu erarbeiten.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Satzung über Ehrungen der Stadt Billerbeck

Herr Messing erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Anlass und die erarbeitete Satzung.

Seitens der Ausschussmitglieder wird grundsätzlich die Zustimmung zur vorgeschlagenen Satzung geäußert.

Auf Rückfrage von Herrn Dürhager, ob die Beschränkung auf die Anzahl von drei Personen für die Ehrenbürger/-in und den Ehrenbürgermeister/-in insgesamt gilt, entgegnet Herr Messing, dass die Anzahl jeweils zu sehen ist und eine Anpassung der Satzung durch Ratsbeschluss möglich ist.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Satzung über Ehrungen der Stadt Billerbeck wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Mitteilungen

Keine.

5. Anfragen

5.1. Baumfällung Osterwicker Straße - Herr Dürhager

Herr Dürhager macht auf die Baumfällungen an der Osterwicker Straße hin und die Tatsache, dass es entlang des Berkelwanderweges keine Beleuchtung geben soll. Dieses widerspricht sich in seinen Augen – zumal vorab über die Fällungen keine Informationen – z.B. per Mail - bekannt gewesen seien.

Seitens der Verwaltung bittet Herr Messing um Nachfrage bei der zuständigen Fachbereichsleiterin Frau Besecke.

5.2. Fluoridwertüberschreitungen Trinkwasserbrunnen - Herr Dürhager

Herr Dürhager spricht die Benachrichtigung des Kreises zur Untersuchung von Trinkwasserbrunnen auf Fluorid an. Er fragt, ob Billerbeck von den Grenzwertüberschreitungen im südlichen Kreisgebiet betroffen sei. Frau Niemann erwähnt, dass stichprobenartig Briefe verschickt worden seien, jedoch keine flächendeckende Information erfolgt sei. Herr Messing ergänzt, dass die Zuständigkeit nicht bei der Stadt liege, man jedoch versuchen werde, weitere Informationen einzuholen. Herr Ahlers berichtet, dass einige Personen im Außenbereich entsprechende Hinweise erhalten hätten, bei der nächsten Wasseruntersuchung den Fluoridwert mit zu überprüfen. Herr Messing erklärt, dass es sich möglicherweise um geologische Ursachen handle und betont, dass man weitere Informationen einholen werde, um Unsicherheiten zu vermeiden.

Herr Dürhager weist darauf hin, dass die Benachrichtigungen zur Verunsicherung führen könnten, und regt an, die Hintergründe genauer zu klären. Er führt aus, dass ein sinkender Grundwasserspiegel, der zu einer verstärkten Auswaschung fluoridhaltiger Gesteinsschichten führen könne, als Ursache genannt worden sei. Er bittet darum, auch den Zusammenhang zwischen Grundwasserspiegel und Fluoridbelastung in den betroffenen Gebieten zu prüfen. Herr Lennertz sichert zu, die Antworten nachzureichen.

Marco Lennertz
Bürgermeister

Matthias Ahlers
stellvertr. Vorsitzender

Ute Höning
Schriftführerin